

Medienmitteilung vom 13.01.2022

Stellungnahme des Vorstands des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) zum vorgeschlagenen Verbot des Präsenzunterrichts auf Tertiärstufe

Der Vorstand des VSS hat die am 12. Januar 2022 vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 zur Kenntnis genommen. In einer Stellungnahme hat der Vorstand des VSS auf die Massnahmen reagiert und eine Reihe von Forderungen gestellt. Er ist sich der Verschlechterung der epidemiologischen Situation bewusst, lehnt aber das Verbot von Präsenzunterricht an Hochschulen ab.

Im Dezember hatte der Vorstand des VSS bereits auf den Vorschlag des Bundesrates reagiert, den Präsenzunterricht zu verbieten. Da dieser Vorschlag erneut in die Vernehmlassung geschickt wurde, hat er eine neue Stellungnahme veröffentlicht, in der er seine Ablehnung gegen dieses Verbot zum Ausdruck bringt, seine Forderungen darlegt und alternative Massnahmen vorschlägt.

Erstens fordern wir, dass die Bedeutung der tertiären Bildung angemessen gewürdigt wird. Ein [hoher Anteil der Studierenden ist geimpft \(85-90%\)](#) und die Schutzmassnahmen haben sich als wirksam erwiesen. Aus diesem Grund und in Anbetracht der grundlegenden Bedeutung der Bildung für unser Land ist es inkohärent und ungerechtfertigt, für Hochschulen strengere Bedingungen als für Freizeiteinrichtungen vorzuschreiben.

Zweitens fordern wir die Beibehaltung des Präsenzunterrichts, um die psychische Gesundheit der Studierenden zu schützen und den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung zu gewährleisten.

Drittens fordern wir, der psychischen Gesundheit der Studierenden, die sich in einem besonders kritischem Zustand befindet, wie die [BFS-Umfrage 2020](#) und [Umfragen an den Universitäten](#) zeigen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Verbot von Präsenzunterricht würde diese Probleme noch verstärken.

Schliesslich fordern wir, dass das Verbot von Präsenzunterricht als *ultima ratio* angesehen wird. Vor der Anordnung der Schliessung von Hochschulen fordern wir den Bundesrat daher auf, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Kantonen und je nach Entwicklung der Gesundheitssituation alternative Massnahmen zu prüfen (FFP2-Masken, wiederholte Tests, Verstärkung des 3G usw.). Aus Gründen der Verhältnismässigkeit muss der Bundesrat unserer Ansicht nach auf ein generelles Verbot von Präsenzunterricht verzichten, solange er keine alternativen Massnahmen umgesetzt hat.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Elischa Link, Co-Präsident (d/f/e), elischa.link@vss-unes.ch, +41 78 821 18 05

Maxime Crettex, Vorstandsmitglied (f/d/e), maxime.crettex@vss-unes.ch, +41 79 387 77 91